



Landtag Nordrhein-Westfalen

Ralf Witzel MdL

Stellvertretender Vorsitzender
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 15. August 2016

PRESSEINFORMATION

Verschleppungstaktik beim Land befördert neue Parallelgesellschaften: Witzel erwartet sofortige Umsetzung der Residenzpflicht

Essens FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel erwartet von der Landesregierung eine sofortige Umsetzung der Residenzpflicht für anerkannte Asylbewerber. Seit Anfang August bestehen mit dem Integrationsgesetz neue Möglichkeiten, Flüchtlinge durch verbindliche Wohnsitzauflagen endlich landesweit gerechter zu verteilen.

Witzel wirft der Landesregierung eine insbesondere gegen die Interessen des Ruhrgebiets gerichtete Verschleppungstaktik vor: „Wir müssen die neue rechtliche Handhabe umgehend und konsequent zur Anwendung bringen. Es ist völlig inakzeptabel, daß die Landesregierung bis heute kein Handlungskonzept erstellt hat und frühestens zum Jahreswechsel an eine Umsetzung denkt. Wir fordern das Land bereits seit Monaten auf, entsprechende Planungen beherzt in Angriff zu nehmen. Wie die örtliche Sozialverwaltung bestätigt, hat unsere Stadt wie die gesamte Ruhrregion eine immense Migrationslast zu schultern. Da bereits vorhandene Großfamilienstrukturen weitere Mitglieder dieser Kulturkreise anziehen, wird eine erfolgreiche Integration immer schwieriger zu leisten sein. Da sich zugleich das Tempo der Fallbearbeitung durch die getroffenen Maßnahmen zuletzt beschleunigt hat, erwägen jetzt immer mehr Flüchtlinge landesweit, die Nähe ihrer Landsleute im Revier zu suchen. Die damit oft einhergehende Bildung von Parallelgesellschaften kann aber nicht im Interesse der Bürger in unserer Stadt liegen.“

Die FDP tritt daher seit langem für eine gerechtere Flüchtlingsverteilung ein, die dafür sorgt, daß nicht nur Asylbewerber, sondern auch anerkannte Flüchtlinge gleichmäßiger auf alle Regionen verteilt werden. Bereits Anfang April sei es die einhellige Meinung einer Expertenanhörung im Kommunalausschuß des Landtags gewesen, daß eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge unverzichtbar ist. Eine Umsetzung dieser Notwendigkeit lasse aber bis heute auf sich warten.